



Reformpolitik unter Staatspräsident Sarkozy: ein Angriff auf republikanische Grundwerte?

Frank Baasner

„Positive Laizität“

Die Debatte um „positive Diskriminierung“

Die Regionalsprachen

Die territoriale Neuordnung

Die Reformstrategie und ihre Wirkung

Frank Baasner*

Reformpolitik unter Staatspräsident Sarkozy: ein Angriff auf republikanische Grundwerte?

Einleitung

* Direktor des dfi

Nicolas Sarkozy war im Wahlkampf mit dem Begriff der „rupture“, des Bruchs, angetreten. Mittlerweile steht der etwas sanftere Begriff des „change-ment“, des Wandels, im Zentrum seiner Politik. Konstant aber ist der Anspruch, das Land zu modernisieren und aus dem immer wieder vom Präsidenten kritisierten „Immobilismus“ zu befreien. Vor kurzem noch hat Sarkozy in seiner Rede vom 22. Juni vor den versammelten Parlamentskammern bekräftigt, in seinen Reformanstrengungen nicht nachlassen zu wollen. Eine Vielzahl von Reformen sind angestoßen worden, strukturelle wie punktuelle, so dass die Kritiker auch aus dem eigenen Lager sich manchmal klarere Prioritäten wünschen. Die öffentliche Aufmerksamkeit, und vor allem das Interesse der ausländischen Beobachter konzentriert sich in der Regel auf die Reformen im fiskalischen und arbeitsrechtlichen Bereich sowie auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme oder des Bildungssystems, die aufgrund des sozialen Konfliktpotentials als besonders relevant erachtet werden.

In der letzten Ausgabe der Aktuellen Frankreich-Analysen (Nr. 22, Jan. 2009) hat Henrik Uterwedde eine Zwischenbilanz der Reformagenda Sarkozys vorgelegt und sich dabei vor allem auf jene aktuellen Fragen konzentriert, die man vereinfacht gesagt als eine franzö-

sische Variante der Agenda 2010 deutscher Machart bezeichnen kann. Daneben gibt es noch eine weitere Kategorie von Reformvorhaben, die ebenfalls angestoßen aber erst teilweise zum Abschluss gebracht wurden. Es geht um Themen, die vor allem im Ausland weniger beachtet werden, die längerfristig angelegt sind und die in die Architektur der französischen Republik dauerhaft eingreifen. Dabei ist die Frage zweitrangig, ob Sarkozy sofort mit seinen Vorhaben Erfolg hat und die erforderliche parlamentarische und juristische Unterstützung findet oder zunächst mit „weichen“ Kompromissen Vorlieb nehmen muss. Dabei wird davon ausgegangen, dass Nicolas Sarkozy durchaus einem unausgesprochenen Plan folgt. Diese Aussage mag überraschen, sind sich doch viele Kommentatoren und Kritiker darin einig zu sagen, dass Sarkozy seine Politik nach opportunistischen und medienwirksamen Kriterien ausrichtet – und natürlich den Erfordernissen von Wahlkämpfen immer dann folgt, wenn Urnengänge anstehen. Ohne diesen Befund widerlegen zu wollen, sind die folgenden Beobachtungen und Analysen von der Hypothese geleitet, dass die Politik des Staatspräsidenten einer sehr tief greifenden Strategie und Überzeugung folgt, die auf langfristige Wirkung und gerade nicht auf Opportunismus angelegt ist. Dabei geht es weniger darum, die Qualität der einzelnen Reformen zu begutachten – dafür ist es in den meisten der hier behandelten Fällen ohnehin zu früh – sondern vielmehr um die These, dass hier

1 Neben den vier behandelten Politikfeldern hätte man auch die Abschaffung des „juge d'instruction“ oder die begonnene Universitätsreform in diese Gruppe von Umstrukturierungen einordnen können.

tatsächlich einige auf Dauer angelegte substantielle Reformen angestoßen wurden, die ihre prägende und die Republik verändernde Wirkung erst mit den Jahren entfalten werden.

Die im Folgenden behandelten vier Bereiche haben gemeinsam, dass sie sich mit dogmenartigen Grundsätzen im republikanischen Diskurs befassen. Dabei scheint es keine Tabus zu geben. Gemeinsam ist diesen Reformbestrebungen auch, dass Sarkozy offensichtlich von vorneherein mit einem langen und langsamen Prozess gerechnet hat – ganz im Gegenteil zu seinem sonstigen Politikrhythmus.¹ Folgende Themen werden behandelt:

- Die „positive Laizität“
- Die Debatte um „positive Diskriminierung“
- Der Status der Regionalsprachen
- Die territoriale Neuordnung

Diese Liste erscheint auf den ersten Blick fast beliebig. Was haben Gebietsreform und regionale Sprachen gemeinsam? Die Antwort ist jedoch einfach zu geben: In den Punkten 2, 3 und 4 geht es um das unmittelbare Erbe der französischen Revolution, und bei Punkt 1 geht es um das zentrale Credo der Republik seit dem Gesetz zur Laizität von 1905. Es geht schlicht um fundamentale Elemente des republikanischen Selbstverständnisses. Es sind allesamt Themen, die von Sarkozy schon lange vor der Wahl und auch während des Wahlkampfes besetzt worden sind – keine kurzfristigen Reformen also, sondern grundlegende Bereiche für die Organisation der Gesellschaft. In der Diskussion der Gesetzesvorhaben wurde deutlich, dass es um mehr als nur pragmatische Lösungen, nämlich um eine Infragestellung des jakobinischen oder allgemeiner revolutionären Erbes der Republik geht.

1. „Positive Laizität“

Mit dem Gesetz vom Dezember 1905 wird die konsequente Trennung von Kirche und Staat in allen Bereichen des öffentlichen Lebens festgeschrieben und bekräftigt. Es war der Schlusspunkt unter einer langen Auseinandersetzung mit dem Einfluss der katholischen Kirche im Staat und vor allem im Bildungswesen. Dieser Kulturkampf à la française war für die Festigung der Republik damals von entscheidender Bedeutung. 1946 findet das Prinzip der Laizität Eingang in die französische Verfassung (Art. 1) und gehört heute zu den unumstößlichen Grundsätzen der Republik. Durch das Prinzip der Laizität soll die Neutralität des Staates garantiert und die Gleichheit aller Glaubensformen inklusive der Agnostik sichergestellt werden. Religiöse Überzeugungen sind somit reine Privatsache und werden weder mit Steuergeldern unterstützt

noch in den republikanischen Institutionen repräsentiert.

Allerdings gab es in regelmäßigen Abständen Auseinandersetzungen um die Rolle der katholischen Kirche im Staat, noch 1984 gingen zahlreiche Bürger (im doppelten Wortsinn) auf die Straße, um gegen die Pläne zu protestieren, den katholischen Privatschulen die öffentlichen Subventionen zu streichen. Seit etwa 20 Jahren stehen bei den öffentlichen Debatten um die gesellschaftliche Praxis der Laizität zunehmend die muslimischen Bürger im Mittelpunkt. 1989 gab es den ersten Streit um das Kopftuch muslimischer Mädchen und Frauen. Dieses Thema hat den Islam als wichtige Glaubensgemeinschaft in Frankreich erst ins Bewusstsein gehoben – mit ca. 5 Millionen Gläubigen ist die muslimi-

2 Nicolas Sarkozy: La République, les religions, l'espérance. Entretiens avec Thibaud Collin et Philippe Verdin, Editions du CERF, Paris 2004.

3 „Je crois donc en une laïcité positive, c'est-à-dire une laïcité qui garantit le droit de vivre sa religion comme un droit fondamental de la personne. La laïcité n'est pas l'ennemie des religions. Bien au contraire. La laïcité, c'est la garantie pour chacun de pouvoir croire et vivre sa religion.“ (S. 15) „Ich glaube also an eine positive Laizität, d.h. eine Laizität, die das Recht auf freie Ausübung seiner Religiosität als persönliches Grundrecht garantiert. Die Laizität ist nicht der Feind der Religionen. Ganz im Gegenteil. Die Laizität ist die Garantie für jeden Einzelnen, glauben zu können und seine Religion zu leben.“

sche Gemeinde die größte in Europa und der Islam die zweitgrößte Religion in Frankreich.

Jacques Chirac hatte im Sommer 2003 eine Kommission eingesetzt, die über die Anwendung des Prinzips der Laizität in der heutigen französischen Gesellschaft nachdenken sollte. Damit wurde zugegeben, dass zwischen Theorie und Praxis problembehaftete Unterschiede bestehen, vor allem im Umgang mit den Muslimen. Als Innenminister hat Nicolas Sarkozy die Gründung eines französischen Islamrats vorangetrieben, um den muslimischen Bürgern eine größere politische Sichtbarkeit zu geben und den Dialog zwischen Staat und muslimischen Gläubigen zu erleichtern. In einem damals viel beachteten Buch² legt Sarkozy seine Gedanken zur Religion, zum Glauben, zur Hoffnung als Lebensimpuls dar und reflektiert deren Verhältnis zur Republik. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff „laïcité positive“ geprägt.³ Im Kern scheint es ihm darum zu gehen zu betonen, dass in der heutigen Gesellschaft das Prinzip der Laizität nicht mehr (wie früher) gegen den übermächtigen Einfluss der katholischen Kirche in Stellung gebracht werden muss, sondern eher für einen neutralen öffentlichen Raum und einen friedlichen Dialog der Religionen zu sorgen hat. Ob Sarkozys religiös-philosophische Erläuterungen aus theologischer Sicht schlüssig sind, steht auf einem anderen Blatt. Entscheidend ist, dass einer der wichtigsten Politiker Frankreichs über Religiosität als menschliches Grundbedürfnis spricht – zumal da er wenig später zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Nach der erneuten Diskussion um das Kopftuchverbot in den öffentlichen Schulen 2004 und nach den Unruhen in den Banlieues 2005, bei denen als ein Element unter vielen anderen auch die mangelnde Anerkennung der Muslime in der französischen Gesellschaft ins Spiel gebracht worden war, greift der frisch gewählte Präsident Sarkozy 2007 das Thema der Laizität verstärkt auf. Man kann sich fragen, warum er ohne aktuelle Not dieses für die franzö-

sische Öffentlichkeit so heikle Thema in seiner Funktion als Präsident angeht und dabei riskiert, auf breiter Front Widerstand zu wecken. Wie in den weiter unten analysierten Themenbereichen scheint es sich um ein „Testverfahren“ zu handeln, hinter dem lange gereifte Überzeugungen stehen. In bewusster Provokation betont Sarkozy in seiner Rom-Rede vom 20. Dezember 2007 die Bedeutung der christlichen Religion für die französische Kultur und Gesellschaft. Wenige Wochen später erklärt er sogar in Riad, der Glaube an Gott habe eine einigende Wirkung im Dialog der Kulturen. Eine der Motivationen scheint zu sein, der „Spiritualität“ einen angemessenen Platz in der öffentlichen Debatte und im Leben der republikanischen Gesellschaft zu geben. Immer wieder wird zwar beteuert, es gehe keinesfalls um eine Abkehr vom laizistischen Prinzip, aber die Tendenz geht zur Anerkennung der Religionsgemeinschaften als Zwischengewalten, die in die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft als solche einbezogen werden sollen. Ein Indiz hierfür ist der Vorschlag, dem momentan in einer Umstrukturierung befindlichen Conseil économique, social et environnemental (früher Conseil économique et social) auch eine Gruppe von Vertretern der „Spiritualität“ einzugliedern. Da es bei diesem Themenbereich momentan jedenfalls nicht um konkrete Gesetzesvorhaben geht, kann man die Wirkung eher in der Initiierung der öffentlichen Debatte sehen. Positive Konsequenzen könnten darin bestehen, den europäischen Islam in Frankreich zu stärken und den Dialog unter den verschiedenen Glaubensgemeinschaften zu fördern. Bisher ist nicht erkennbar, dass es der Opposition gelingen könnte, Sarkozy in die Ecke des „Antilaizisten“ zu stellen und politisch daraus Kapital zu schlagen.

Hintergrund: Debatte um das Prinzip der Laizität

Chronologie	
03.07.2003	Bernard Stasi erhält von Staatspräsident Chirac den Auftrag, eine Kommission zum Thema „Anwendung des Laizitätsprinzips in der Republik“ zu bilden.
11.12.2003	Der Bericht der Stasi-Kommission wird vorgelegt. Darin wird der Sorge Ausdruck verliehen, in der französischen Gesellschaft nähmen Tendenzen zur „kommunitaristischen“ (religiös, kulturell oder weltanschaulich motivierten) Gruppenbildung zu, wodurch die Einheit der Republik bedroht sei.
28.05.2003	Der Conseil français du culte musulman (Französischer Rat des muslimischen Glaubens) wird in Form eines Vereins mit Unterstützung des damaligen Innenministers Sarkozy gegründet. Die Initiative war von seinen Amtsvorgängern Jean-Pierre Chevènement und Daniel Vaillant ausgegangen.
15.03.2004	Ein Gesetz bekräftigt das Laizitätsprinzip und verbietet in allen öffentlichen Schulen das Tragen von Kleidung oder Symbolen, mit denen ostentativ auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hingewiesen wird.
2004	Nicolas Sarkozy veröffentlicht sein Buch „La république, les religions, l'espérance“, in dem er seine Auffassung vom Platz der Spiritualität in der Gesellschaft darlegt (Les éditions du CERF, Paris).
20.10.2005	Sarkozy beauftragt Jean Pierre Machelon, mit einer Kommission über das Verhältnis zwischen Glaubensgemeinschaften und öffentlichen Institutionen nachzudenken.
20.09.2006	Machelons Bericht schlägt vor, Gemeinden bei der Schaffung neuer religiöser Kultstätten finanziell zu unterstützen, vor allem um den Muslimen eine angemessene Ausstattung mit Moscheen zu erlauben.
20.12.2007	Als Staatspräsident hebt Sarkozy die Bedeutung des christlichen Glaubens für die französische Kulturgeschichte hervor. Spiritualität als natürliche Neigung des Menschen wird aufgewertet, die Laizität des Staates aber nicht infrage gestellt.
14.01.2008	In Riad unterstreicht Sarkozy die Bedeutung des Glaubens für die Zivilisation sowie die einende Rolle Gottes für den Dialog zwischen den Kulturen.
12.09.2008	Anlässlich des Papstbesuchs in Frankreich verteidigt Sarkozy sein Konzept einer „positiven Laizität“.

2. Die Debatte um „positive Diskriminierung“

4 Siehe hierzu AFA 21 von Wolfgang Neumann: „Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension.“

5 In einem Artikel in Le Monde vom 18.12.2008 stellt Patrick Weil (CNRS) fest, dass bei gleicher hoher Qualifikation 11% der 25 bis 33-Jährigen algerischer Herkunft und 46% derselben Altersgruppe französischer Herkunft als leitende Angestellte beschäftigt sind. Auch die Erfahrungen der HALDE (Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité) zeigen, dass Diskriminierung aufgrund ethnischer Kriterien der häufigste Grund für Klagen vor dieser Instanz ist (27% der Beschwerden).

Schon Jahre bevor er zum Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde, hatte sich Nicolas Sarkozy im Zusammenhang mit den Vorstadtunruhen im Herbst 2005 ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Als Innenminister hatte er die Thematik von Immigration und Integration vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten behandelt. Er galt und gilt als Verfechter eines starken Staates. Gleichzeitig aber hat er sich in eine Debatte eingebracht, die seit Jahrzehnten, und vor allem seit 2005 intensiv geführt wird: Wie soll man mit den ganz offensichtlichen Integrationsproblemen vieler Jugendlicher aus Familien mit Migrationshintergrund umgehen?⁴ Unter Präsident Chirac und Premierminister de Villepin wurde das Thema in alter republikanischer Tradition unter dem Stichwort „Chancengleichheit“ behandelt. Die französische Tradition geht davon aus, dass jeder Integrationsprozess ein individueller Vorgang ist, bei dem Hautfarbe, Name und kulturelle Aspekte des Herkunftslandes keine Rolle spielen. Jeder legal in Frankreich lebender Mensch ist „citoyen“ und darf nicht durch Hinweis auf kulturelle oder andere Differenz stigmatisiert werden. Der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung hat folgerichtig in der französischen Öffentlichkeit einen sehr hohen Stellenwert. Die Weigerung, die Diskussion um Integration unter ethnischen Gesichtspunkten zu führen, ist in der republikanischen Tradition tief verankert und verdient allen Respekt. Allerdings hat sich die Situation trotz erheblicher Investitionsprogramme und Bildungsoffensiven nicht wesentlich verbessert. Das Versprechen des französischen Staates, alle hätten gleiche Chancen und könnten sozialen Aufstieg erreichen, wird ganz offensichtlich, darin sind sich die Soziologen einig, nicht eingelöst.⁵

Hier setzt Nicolas Sarkozy an. Im Januar 2008 wirft er in einer öffentlichen Erklärung die Frage auf, ob man nicht die Präambel der Verfassung um einige Aspekte ergänzen müsste, um in der heutigen Gesellschaft Gleichheit

zu erreichen. Wenige Monate später wird eine Kommission unter Leitung von Simone Veil eingesetzt, um u.a. folgende Frage zu beantworten: „Müssen wir neue Formen der Integrationspolitik ermöglichen und dabei die Diversität der französischen Gesellschaft stärker berücksichtigen, um so die effektive Einhaltung des Gleichheitsprinzips zu fördern?“

Die Kommission benötigt für die Erstellung des Berichts mehr Zeit als eingeplant. Sie kam jedoch im Dezember 2008 zu einem eindeutigen Schluss, den man als Absage an Sarkozys Überlegungen lesen kann: Veränderungen der Verfassung sind weder erforderlich noch erwünscht. Die Angst vor dem Gespenst des „communautarisme“, also dem Phänomen der ethnisch-kulturell definierten Gruppenbildung innerhalb der republikanischen, auf den einzelnen Citoyen fixierten Gesellschaft, hat offensichtlich eine radikale Veränderung der Politik verhindert.

In einer sehr pathetischen und mit den Schlüsselbegriffen republikanischer Selbstbeschreibung gespickten Rede vom 17.12. 2008 nimmt Sarkozy diesen Bericht zur Kenntnis und plädiert doch für einen neuen Anlauf in Sachen Integration, der auch vor bisherigen Tabus nicht halt macht. Die Rede zeigt sehr deutlich, wie heikel diese Debatte ist. Über Seiten hinweg, mit einer schon fast hypnotisch wirkenden Häufung von rhetorischen Wiederholungen und Reihungen, beschwört er die sakrosankten Grundsätze der Republik und stellt sich in die Kontinuität seines Vorgängers und dessen Regierung. Im Namen genau dieser republikanischen Werte fordert er dann die Überprüfung der bisherigen Politik, die für jeden Bürger sichtbar die Versprechen der Gleichheit nicht einlösen konnte. Es geht also in der Reaktion auf den Bericht Simone Veils nicht um eine Abkehr, sondern um eine Bekräftigung der Prinzipien. Diese geschickte rhetorische Einbindung eines Themas, das für die Franzosen mit dem Namen Sarkozy eher über die Assoziati-

Quelle: eigene Zusammenstellung

Hintergrund: Debatte um „positive Diskriminierung“

Chronologie	
2001	Richard Descoings, Direktor von Sciences Po' Paris seit 1996, erweitert die Zulassung zu der Elitehochschule für Gymnasias-ten aus Zones d'éducation prioritaire (Gebiete mit besonderem pädagogischem Bedarf) durch persönliche Bewerbungsgespräche – zum ersten Mal wird das Prinzip des Concours infrage gestellt.
15.11.2007	Der französische Verfassungsrat erklärt (n°2007-557), dass die Erfassung von objektiven Daten wie Familiennamen, frühere Nationalität oder geographische Herkunft verfassungsrechtlich unbedenklich ist, ebenso die Erfassung subjektiver Daten wie „gefühlte Zugehörigkeit“.
17.12.2007	Sarkozy stellt den „Plan espoir banlieues“ vor, der fünf Schwerpunkte hat: Arbeit, Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Sicherheit und die Finanzierung lokaler Initiativen. Fadela Amara wird mit der Umsetzung des Plans beauftragt.
08.01.2008	Präsident Sarkozy regt an darüber nachzudenken, ob die Präambel der Verfassung ergänzt werden sollte, um mehr Gleichberechtigung (zwischen den Geschlechtern, zwischen verschiedenen Gruppen der Diversität der französischen Gesellschaft) zu erreichen.
09.04.2008	Sarkozy setzt die Kommission Simone Veil ein, um auf diese Frage zu antworten. Mitte Dezember 2008: Der ausführliche Bericht wird vorgelegt, eine Verfassungsänderung wird als weder erforderlich noch wünschenswert abgelehnt.
17.12.2008	Nicolas Sarkozy hält an der Elitehochschule Ecole Polytechnique eine Grundsatzrede zum republikanischen Versprechen der Chancengleichheit, das nicht ausreichend eingelöst wird. Yazid Sabeg wird als Commissaire à la diversité et à l'égalité des chances ernannt und mit der Erstellung einer Aktionsliste beauftragt.
07.05.2009	Der Bericht mit 76 konkreten Aktionsvorschlägen wird vorgelegt. Die Maßnahmen ähneln denen aus früheren Jahren und auch dem Plan Esprit banlieues sehr stark.

on „Sicherheit“ oder „law and order“ verbunden ist, sollte offenbar den Eindruck zerstreuen, er wende sich von einem Kern republikanischer Überzeugung ab, und dennoch neue Wege in der Integrationspolitik möglich machen. Die einzige neue Begrifflichkeit, die Sarkozy in die Problematik einführt, die im deutschen Kontext unter dem Stichwort „Integration“ und „Integrationsdefizite“ diskutiert würde, ist die Unterscheidung zwischen „égalité formelle“ (Anspruch) und „égalité réelle“ (Wirklichkeit). Mehr-

fach und mit auffälliger Betonung wird festgehalten, dass jede Anwendung einer auf ethnischen oder kulturellen Kriterien basierenden Politik endgültig ausgeschlossen wird. Nur territoriale (banlieues, zones urbaines sensibles) und soziale (einkommensschwache Familien) Kriterien sind für gezielte Fördermaßnahmen legitim.

Als Konsequenz aus dem zurückgewiesenen Ansinnen einer Verfassungsänderung legt Sarkozy aber nach und

6 Der französische Geschäftsmann Yazid Begag wurde 1950 in Algerien geboren und hat eine erfolgreiche Karriere in der Privatwirtschaft absolviert. Später macht er sich als Fachmann für Integrationsfragen einen Namen. 2006 veröffentlicht er „La diversité dans l'entreprise: comment la réaliser?“.

ernennt Yazid Sabeg⁶ zum Commissaire à la diversité et à l'égalité des chances. Er soll konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorschlagen, die teilweise von Sarkozy selbst in seiner Rede vom 17.12.2008 schon angesprochen wurden.

Der Bericht von Yazid Sabeg wird Ende Mai dem Staatspräsidenten vorgelegt. 76 „actions“ werden dort aufgelistet. Die Initiativen führen weitgehend bestehende Programme fort. Die Schwerpunkte sind:

- I. Bildungs- und Arbeitschancen der Jugendlichen verbessern
- II. Stärkung der Diversität und Kampf gegen Diskriminierung
- III. Ein New Deal für die Stadtentwicklungspolitik

Der ethnische Ansatz bleibt nur in einem Punkt erhalten, nämlich in dem Bestreben, verlässliche Daten über die ethnische Diskriminierung zu erhalten, um damit mittel- und langfristig die Erfolge der „reellen Gleichheit“ messen zu können. Sabag gibt hier noch keine Antworten auf die Frage, wie mit Erhebungen und Statistiken umzugehen sei, in denen die ethnische Zugehörigkeit erfragt wird. In seinem Bericht wird lediglich festgehalten, dass diese „sensible“ Frage an den Direktor des Nationalen Instituts für demographische Studien (INED), Francois Héran, weitergegeben wurde mit der Bitte, er möge mit Experten ein Komitee gründen und hierzu Vorschläge unterbreiten (Comité pour la mesure de la diversité et des discriminations, COMEDD).

Wie Sarkozy selbst in seiner Rede unterstrichen hatte, werden verstärkt Wege der diversifizierten Selektion für die renommierten Ausbildungsinstitutionen gegangen: besondere Concours für Schüler aus technologischen Gymnasien, Aufnahme durch persönliche Interviews anstelle des allgemeinen Concours, Quotenregelung für Schüler aus sozial schwachen Familien.

Einen besonders großen Stellenwert haben diejenigen Vorschläge, die auf eine Stärkung der betrieblichen

Ausbildung abzielen. Lange Zeit galt das französische Ausbildungssystem als zu „schullastig“, wodurch die Berufsausbildung in einem dualen System kaum eine Chance hatte. Sabeg schlägt eine Intensivierung der Maßnahmen vor, die schon seit einigen Jahren mit deutlichem Erfolg umgesetzt werden. So ist die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsverträge in Frankreich schon heute viel höher als vor 5 Jahren, und diese Zahl soll noch weiter steigen. Weniger über freiwillige Aktionen und Appelle, wie es in der deutschen Tradition üblich wäre, sondern über gesetzliche Regelungen: Ab 2011 sollen Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern gezwungen werden, 5% ihrer Arbeitsverträge mit Auszubildenden zu besetzen und ihnen eine Übernahmegarantie zu geben.

Angesichts der Tatsache, dass seit Jahrzehnten Programme zugunsten der Banlieues aufgelegt werden, ohne dass substantielle Fortschritte gemacht worden wären, darf man ob der Erfolgsaussichten skeptisch sein. Im Dezember 2007 war der Plan „Hoffnung für die Banlieues“ vorgestellt worden, und im Mai 2009 folgt der nächste Plan mit weitgehend vergleichbaren Handlungsansätzen – es wäre sicher glaubwürdiger gewesen, erst einmal die Wirkung früherer Aktionen abzuwarten und zu messen, bevor wieder neue Initiativen gestartet werden. Zugespielt könnte man sagen, dass die gesamte Initiative wenig Neues bringt, dafür aber den Eindruck kraftvollen Handelns erweckt. Auch die ethnischen statistischen Erhebungen hätte man ohne langwierige öffentliche Debatten machen können. Wie beim Thema der Laizität kann man allerdings davon ausgehen, dass Sarkozy nicht locker lassen wird, wobei im Interesse der französischen Gesellschaft zu wünschen wäre, dass die Maßnahmen dauerhaften Erfolg haben.

3. Die Regionalsprachen

7 Im Jahre 2001 wurde im französischen Kulturministerium eine „Délégation générale à la langue française et aux langues de France“ eingerichtet. Diese hat nach der Verfassungsänderung vom 21. Juli 2008 einen Bericht zur Situation der Sprachen in Frankreich vorgelegt. Dort wird auch definiert, was unter einer „regionalen Sprache“ zu verstehen ist – es handelt sich weniger um eine linguistische Definition denn um eine politische. Regionale Sprachen in Frankreich sind solche, die auf dem Territorium (einschließlich der überseeischen Gebiete) länger als das Französische gesprochen werden. Unterscheidungen zwischen schriftlichen, mündlichen, großen, kleinen oder dialektalen Sprachen werden nicht unternommen, so dass mehr als 60 Sprachen aufgelistet werden. Allein für Neukaledonien werden 28 Kanak-Sprachen genannt.

8 Siehe die ausführliche Auflistung der Förderung der Regionalsprachen in der Rede der Kulturministerin Christine Albanal in der Assemblée Nationale vom 7. Mai 2008.

Seit 1999 gibt es in Frankreich eine immer wieder aufflammende Debatte um den Status der regionalen Sprachen. Hintergrund war die Verabschiedung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitssprachen, die von Frankreich bis heute nicht ratifiziert worden ist. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Geschichte des Zentralismus in Frankreich auch eine Geschichte des Siegeszugs der französischen Sprache und damit des Niedergangs der anderen auf dem Territorium gesprochenen Sprachen war. Das weltweite Prestige der französischen Zivilisation seit dem 17. Jahrhundert ist mit der französischen Sprache untrennbar verbunden. Mit der Revolution wurde diese Tendenz der einheitlichen sprachlichen Gestaltung des politischen Raums eher noch verstärkt, denn alle Bürger sollten im Sinne der Gleichheit und Einheit an den Grundrechten und Freiheiten teilhaben können. Die Alphabetisierung im 19. Jahrhundert stand in derselben Tradition. Der Kampf für die innere Einheit des Landes durch die gleiche Amtssprache für alle und der Kampf für das Französische auf internationaler Ebene (z.B. gegen die Übermacht des Englischen) werden bis in die Gegenwart fortgeführt. Diese lange Tradition erklärt die hohe Aufmerksamkeit, die Sprachenfragen in Politik und Öffentlichkeit in Frankreich zukommt.

In den letzten Jahren, zum Teil auch in Reaktion auf die Europäische Charta der Regional- und Minderheitssprachen, ist in Frankreich viel für die Förderung der auf dem französischen Territorium gesprochenen Sprachen und Dialekte getan worden.⁷ 13 Sprachen, neben der Staatssprache Französisch, werden an öffentlichen Einrichtungen gelehrt. Zwischen 2005 und 2006 haben 404.000 Schüler Unterricht in einer Regionalsprache erhalten. Die Medien müssen den regionalen Sprachen einen angemessenen Raum geben.⁸ Diese Tendenz zu mehr Förderung der regionalen Sprachen in Frankreich ist unbestritten. Ebenso klar ist aber auch, dass am Prinzip der einen und einzigen Amtssprache Französisch im Namen der Einheit der Republik nicht gerüttelt werden darf. 1999 hatte der Verfassungsrat in der

Stellungnahme zur europäischen Charta festgehalten, dass das in der Charta festgelegte Recht der Anwendung der Regionalsprachen im öffentlichen Raum den Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz und der Einheit der Republik widerspricht.

Bereits im Wahlkampf 2007 war der Status der regionalen Sprachen in Frankreich ein Thema gewesen. Sowohl Ségolène Royal als Nicolas Sarkozy hatten sich für eine Stärkung ausgesprochen, wobei Royal die europäische Charta ratifizieren und die Verfassung ändern wollte, Sarkozy hingegen nur eine Verfassungsänderung anstrebte mit dem Argument, den Status der regionalen Sprachen zu regeln sei eine rein nationale und keine europäische Aufgabe. Es bestand also eine gewisse Erwartungshaltung.

Im Januar 2008 wird eine parlamentarische Debatte angestoßen, die auf eine Verfassungsänderung abzielt, um den Regionalsprachen einen eigenen Status zuzuerkennen. Das Vorhaben wurde in beiden Kammern kontrovers diskutiert, überraschende Mehrheiten bildeten sich zu sehr unterschiedlichen Vorschlägen der Verfassungsänderung. Das abschließende Ergebnis ist relativ belanglos (zu den einzelnen Schritten siehe den Infokasten). Dieser Reform- und Diskussionsprozess ist ein Beispiel dafür, wie Sarkozy Themen anfasst, die er im Wahlkampf als zu behandelnde definiert hat – er hält also absolut Wort, so wie man ihm insgesamt nicht vorwerfen kann, dass er sein Wahlprogramm nicht zu sehr großen Teilen umsetzen oder zumindest in Angriff nehmen würde. Gleichzeitig ist es ein Beispiel für den langfristigen Ansatz, mit dem gewisse profunde, die republikanischen Grundwerte störende Themen behandelt werden: nämlich äußerst demokratisch, auch wenn das Ergebnis zunächst wie eine Niederlage aussieht. Das Resultat des Diskussionsprozesses, die Anerkennung der Regionalsprachen als Teil des kulturellen Erbes Frankreichs in der Verfassung, ist eine erstaunliche Banalität – und dennoch: Niemand wird Sarkozy mangelnden Handlungswillen oder mangelnde demokratische Diskussionsbereitschaft vorhalten können.

Hintergrund: Die Regionalsprachen in der französischen Verfassung

Die politische Definition einer regionalen Sprache in Frankreich (Kulturministerium) lautet: „Eine regionale Sprache in Frankreich ist eine Sprache, die auf einem Teil des Territoriums schon länger als das Französische gesprochen wird.“ Eine breitere Definition der „langues de France“ schließt jene Minderheitensprachen ein, die von französischen Bürgern seit ausreichend langer Zeit gesprochen werden, um zum kulturellen Erbe Frankreichs zu gehören (arabische Dialekte, Westarmenisch usw.). Aus dieser Definition ausgeschlossen bleiben jene Sprachen, die in mindestens einem Staat offizielle Amtssprachen sind. Die gesamte Definition unterliegt also der Idee von bedrohten Minderheitensprachen, die es im Sinne des kulturellen Erbes besonders zu fördern gilt.

Zu den größten regionalen Sprachen in Frankreich gehören: Korsisch, Bretonisch, Katalanisch, Baskisch, Elsässisch.

Artikel 2 der französischen Verfassung hält seit 1992 fest: „La langue de la République est le français“.

Chronologie

29.01.2008	Ein Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung des Art. 2 wird eingebracht. Art. 2 soll lauten: „La langue de la République est le français dans le respect des langues régionales qui font partie de notre patrimoine.“
07.05.2008	Die Nationalversammlung diskutiert das Gesetzesvorhaben, allerdings zunächst ohne Abstimmung. Die Debatte im Senat folgt am 13. Mai.
22.05.2008	Die Nationalversammlung beschließt mehrheitlich die Erweiterung des Artikels 1 der Verfassung „La France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale.“ um den Satz „Les langues régionales appartiennent à son patrimoine.“
12.06.2008	Die Académie française spricht sich gegen die Erwähnung der Regionalsprachen in der Verfassung aus.
18.06.2008	Der Sénat lehnt das Gesetz zur Änderung des Art. 1 der Verfassung mit 216 zu 103 Stimmen ab.
Juli 2008	Erneute Debatte in beiden Parlamentskammern über die Einführung der Regionalsprachen in Art. 75.1 der Verfassung, wo es um Dezentralisierung geht.
21.07.2008	Aufnahme des Satzes „Les langues régionales appartiennent au patrimoine de la France.“ in Art. 75.1. der Verfassung. Dieser Artikel eröffnet kein neues Recht.

4. Die territoriale Neuordnung

9 Eine vergleichende Studie zur Verwaltungsorganisation in 12 EU-Mitgliedstaaten zeigt auf, dass Frankreich keineswegs mehr offizielle Ebenen der Verwaltung hat als die meisten anderen Staaten. Allerdings scheinen die bestehenden Gebietskörperschaften in Größe und Zuständigkeiten den heutigen Erfordernissen nicht mehr zu entsprechen. Ein Indiz für diese Diskrepanz ist die Schaffung von Zwischenformen wie freiwillige Gemeindeverbände oder großstädtische Kooperationsstrukturen. Siehe „Vers quelle réforme des collectivités territoriales en France? Etude comparative de l'organisation territoriale dans 12 pays membres de l'UE.“. Institut Thomas More, Note de benchmarking 2, Januar 2009.

10 Eine CSA-Umfrage im Auftrag der Tageszeitung Sud-Ouest vom Februar 2009 (Nr. 0900269B) hat nach dem Verhältnis der Franzosen zu den Départements gefragt. 73% fühlen sich den Départements verbunden, nur 26% messen der Gebietskörperschaft keine besondere Bedeutung bei.

Das jüngste Projekt ist eine (nach Auskunft der meisten Fachleute überfällige⁹) Gebietsreform, um die Verwaltung zu verschlanken und den Gebietskörperschaften die Chance zu geben, im internationalen Wettlauf um Investitionen und Standortvorteile im Allgemeinen mit europäischen sowie außereuropäischen Konkurrenten mithalten. Seit vielen Jahren schon wird beklagt, dass die französische Verwaltungsordnung weder effizient noch für den Bürger durchschaubar ist. Die Größen der Kommunen und Départements scheinen den heutigen Aufgaben nicht mehr angemessen, die freiwilligen Zusammenschlüsse zu interkommunalen Verbänden haben faktisch eine zusätzliche Verwaltungsebene hinzugefügt. Ineffizient, intransparent und redundant: Dieses Bild der vielschichtigen Verwaltung in Frankreich soll der Vergangenheit angehören. Die Kommission Balladur hat am 5. März 2009 ihren Bericht vorgestellt, der vorerst nur Vorschläge unterbreitet, die nun in den parlamentarischen Beratungsprozess einfließen werden (siehe Infokasten).

Zu dieser angestrebten Gebietsreform gab es ein Vorspiel: Die Nummernschilder der Autos sollten geändert werden, wobei die allen Touristen bekannte urfranzösische Identifikation durch die Nummer des Wohnsitz-Départements aufgegeben werden sollte. Als im Sommer 2008 dieses Vorhaben bekannt wurde, kam Stimmung dagegen auf. Vor allem oppositionelle Politiker vermuteten hinter diesem Projekt einen Angriff auf die Départements insgesamt. Nicolas Sarkozy dürfte, wie jedem französischen Politiker, die Brisanz des Vorhabens bewusst gewesen sein. Noch im Januar 2008 hatte er in Reaktion auf den „Rapport Attali“ (siehe hierzu AFA 22, Henrik Uterwedde) den Vorschlag, die Départements abzuschaffen und dafür die Regionen zu stärken, als nicht realisierbar zurückgewiesen. „Ich glaube nicht“ – so schrieb er damals im Figaro vom 23.1.2008 – „dass die Franzosen

bereit sind, auf die historische Legitimation der Départements zu verzichten.“ Tatsache ist: Am 15.4.2009 beginnt eine neue Zeitrechnung in der Beschilderung französischer Autos. Aus den politischen Verhandlungen ist ein Kompromiss herausgekommen, wie er im Buche steht: Es gibt eine anonymisierte Nummer pro Fahrzeug (die Nummer bleibt beim Fahrzeug), daneben aber kann jeder Fahrzeughalter sofern gewünscht unabhängig von seinem Wohnort eine „sentimentale“ Zugehörigkeit markieren, indem er das Symbol einer Région und dazu die Nummer eines Départements anbringt, wobei letzteres Teil der symbolisch repräsentierten Région sein muss. Auch wenn technische Aspekte als Hauptmotivation für diese Reform angeführt werden (viele europäische Länder, z.B. Italien, haben schon länger die Nummernschilder mit Identifikation der Herkunftsstadt durch reine Nummern- und Zahlenkombinationen ersetzt), ist klar, dass die kollektive Wahrnehmung der Kennziffern eines jeden Départements durch die neue Regelung mit der Zeit abnehmen wird. Von daher ist es nicht abwegig, zwischen dieser eher technischen Neuerung und der Frage territorialer Neuordnungen einen (vielleicht zufälligen) Zusammenhang zu sehen.

Zurück zu den Vorschlägen des Comité Balladur. Angesichts der hohen Sensibilität, die sowohl in der politischen Klasse als auch in der Bevölkerung gegenüber der republikanischen Institution „Département“ besteht¹⁰, ist es verständlich, dass alle Vorschläge den Charakter der Freiwilligkeit in den Vordergrund stellen. Die Vorschläge versuchen, maximale Flexibilität mit Nutzaspekten zu verknüpfen. Die faktische Neuordnung der Kommunen, wie sie in den freiwilligen und insgesamt erfolgreichen Gruppierungen (communauté d'agglomération, communauté de communes, communauté urbaine) längst vollzogen ist, soll durch eine direkte Wahl der Entscheidungsträger noch weiter gestärkt werden. Die 11 großen städtischen Zentren sollen in Zukunft „métropoles“ heißen und sowohl kommunale Zuständigkeiten als auch

Quelle: eigene Zusammenstellung

Hintergrund: Gebietskörperschaften in Frankreich

36.778 Kommunen, davon 80% mit weniger als 1000 Einwohnern
 26 Régions
 100 Départements
 1588 Gemeindeverbände:

- 5 syndicats d'agglomération nouvelle (in den 1960er Jahren vorwiegend im Umland von Paris gegründete neue Städte, die von einem Verbund der Gemeinden regiert werden, auf deren Gemarkung sie liegen)
- 14 communautés urbaines (Stadt-Umland Verbände, vor allem in den Großstädten)
- 169 communautés d'agglomération (Stadt-Umland Verbände in städtischen Gebieten)
- 1400 communautés de communes (Verwaltungsgemeinschaften im ländlichen Raum mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, die von den Mitgliedern vereinbart werden)

Chronologie

22.10.2008	Edouard Balladur wird vom Staatspräsidenten mit der Schaffung des „Comité pour la réforme des collectivités locales“ beauftragt, das 11 Mitglieder zählt.
5.3.2009	Balladur legt Nicolas Sarkozy seinen Bericht mit 20 Vorschlägen vor, von denen 16 einstimmig von allen Kommissionsmitgliedern verabschiedet wurden.

Der gesamte Bericht unter www.ladocumentationfrancaise.fr/rapports-publics/094000097/index.shtml

Die wichtigsten Vorschläge:

- Förderung des freiwilligen Zusammenschlusses von Régions (Ziel: 15 statt 26)
- Förderung des freiwilligen Zusammenschlusses von Départements
- Förderung der freiwilligen Umwandlung von „intercommunalités“ in neue Gemeinden
- Schaffung von 11 großstädtischen Zusammenschlüssen von Kommunen (Lyon, Lille, Bordeaux, Strasbourg, Marseille, Toulouse, Nice, Rouen, Toulon, Rennes, Nantes)
- Paris soll ab 2014 mit den drei umliegenden Départements Hauts-de-Seine, Seine-Saint-Denis und Val-de-Marne zu einem „Grand Paris“ fusionieren.

Aufgaben der Départements übernehmen. Regionen dürfen fusionieren und ihre Grenzen neu definieren, sofern dies einvernehmlich und mit Zustimmung der betroffenen Départements geschieht.

Inwieweit diese Vorschläge akzeptiert und umgesetzt werden bleibt abzuwarten. Aber eines ist klar: Die historisch gewachsenen französischen Besonderheiten schwinden. In Zukunft sollen nur die Kommunen die Allzuständigkeit haben, Département und Région sich hingegen auf bestimmte Zuständigkeiten beschränken. Aus deutscher Sicht hieße dies, dass in Zukunft das französische Verwaltungssystem in ganz entscheidenden Punkten dem deutschen viel ähnlicher wird als bisher. Der Begriff Subsidiarität, der bereits heute in der französischen Verfassung steht, bekäme größeres Gewicht.

Erheblichen Gesprächsbedarf wird es bei der Neuordnung des Steuersystems geben, denn die Gebietsreform soll gleichzeitig eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten und der von den verschiedenen Gebietskörperschaften direkt zu erhebenden Steuern definieren. Angesichts der hohen politischen Brisanz und der verfassungsrechtlichen Relevanz des Vorhabens ist mit einer schnellen Umsetzung nicht zu rechnen. Und dennoch: Wir können davon ausgehen, dass Präsident Sarkozy auch in diesem Punkt immer wieder Vorstöße unternehmen wird, wie er es auch in seiner Rede vor den Parlamentskammern am 22. Juni angekündigt hat.

5. Die Reformstrategie und ihre Wirkung

Die Modernisierung Frankreichs, die langfristig geplant und schon früh durch Schlüsselreden von Sarkozy als Priorität definiert wurde, ist ein langfristiges und sehr ernst gemeintes Anliegen seiner Politik. Dabei geht es teilweise um scheinbar symbolische Dinge, die sich aber bei genauerer Beobachtung als Dogmen, teilweise sogar mit Verfassungsrang erweisen. Die Strategie seitens des Staatspräsidenten scheint dabei darin zu bestehen, die Entstehung einer allgemeinen Anti-Front zu verhindern. Wie im Falle der verfassungsmäßigen Anerkennung der Regionalsprachen kann es dann dazu kommen, dass die ursprünglichen Ambitionen während des Gesetzgebungsprozesses erheblich reduziert werden. Trotzdem kann man nicht von einem Scheitern des Anliegens sprechen, auch wenn der zwischen Assemblée, Sénat und Regierung ausgehandelte Kompromiss im Ruf steht, überflüssig und relativ banal zu sein. Auch bei der Frage der Nummernschilder für Autos wird mancher über die Kompromissformel schmunzeln – es bleibt die Tatsache, dass dieses Mosaikstück im Bereich der Modernisierung der Verwaltung durchgesetzt wurde.

Auch bei den noch völlig offenen Fragen, wie es bei der territorialen Neuordnung vorgehen kann oder

ob der Status der Kirchen im französischen Staat überdacht werden soll, wird die Kunst darin bestehen, das als notwendig Erkannte (und im Vergleich anderer europäischer Staaten Überfällige) zu tun, ohne die spezifisch französischen republikanischen Glaubenssätze über Gebühr zu strapazieren.

Man kann politisch zu den hier besprochenen Reformvorhaben stehen wie man will. Auffällig ist, dass bisher keine klare Frontenbildung der politischen Lager zu erkennen ist. Sicher haben die fast ausschließlich dem sozialistischen Lager angehörenden Régions die Vorschläge der Balladur-Kommission zurückgewiesen. Aber schon bei der Schaffung neuer großstädtischer Gebilde werden auch die linken Bürgermeister genau überlegen, ob sie nicht die Investitions- und Fördermittel für diese neue Organisationsform in Anspruch nehmen sollen. Ebenso klar scheint, dass die Folgen dieser teils unterschweligen Veränderungen erst langsam spürbar sein werden. Sie betreffen eben nicht nur die „hardware“ der öffentlichen Haushalte, sondern auch die „software“ im politischen Diskurs und im Selbstverständnis der französischen Republik. Es könnte sein, dass die Spätfolgen erst lange nach Sarkozys Amtszeit sichtbar werden.

Aktuelle Publikationen des dfi

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2008. Themenschwerpunkt „Frankreich in Europa.“ Red.: Henrik Uterwedde. - Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Joachim Schild; Henrik Uterwedde (Hrsg.): Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder? - Baden-Baden: Nomos Verlag 2009 - 223 S.

Baasner, Frank; Manac'h, Bérénice; von Schumann, Alexandra (Hrsg.): Points de vue – Sichtweisen: France – Allemagne, un regard comparé = Deutschland – Frankreich, ein vergleichender Blick / Frank Baasner/Bérénice Manac'h/Alexandra von Schumann. -Rheinbreitbach: NDV = Paris : Ed. Doumic, 2008. - 269 S.

Frank Baasner (Hrsg.): Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse. - Baden-Baden: Nomos Verlag 2008 - 240 S.

Felix Heidenreich, Jean-Christoph Merle, Wolfram Vogel (Hrsg.): Staat und Religion in Frankreich und Deutschland. L'Etat et la religion en France et en Allemagne. Reihe: Kultur und Technik. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart. Bd. 8, 2008 - 248 S.

Baasner, Frank; Klett, Michael (Hrsg.): Europa. Die Zukunft einer Idee. Festschrift für Robert Picht. - Darmstadt: WBG Verlag, 2007 - 406 S.

Erbfeinde - Erbfreunde: die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur. Eine Ausstellung des Deutsch-Französischen Instituts. Konzeption der Ausstellung: Franziska Lay et al. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut 2007. - 93 S.

Deutsch-Französisches Institut; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Demographie und Stadtentwicklung. Beispiele aus Deutschland und Frankreich. Ludwigsburg, Wüstenrot Stiftung 2006 - 256 S.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Frank Baasner

Layout: Silvia Wientzek

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (07141) 93 03-0
Telefax +49 (07141) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten: <http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen: Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 22

H. Uterwedde: Sarkozys Wirtschafts- und Sozialreformen. Eine Zwischenbilanz, Januar 2009. - 15 S.